

Herr Sonntag geht auf den vorgesehenen neuen Zuschnitt der Ausschüsse ein. Insbesondere verweist er auf die vorgesehene Angliederung des Verkehrsbereiches an den Baubereich (Ausschuss für Bau und Verkehr). Er legt Wert darauf, den Verkehrsbereich im Hinblick auf gesamtplanerische Gesichtspunkte nach wie vor auch im Planungsausschuss zu belassen. Es müsse klar sein, dass hinsichtlich des Verkehrsbereiches unterschieden werde zwischen rein baulichen Maßnahmen (z.B. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, Beschilderungen, Änderung von Verkehrsführungen etc.) und Verkehrsplanungen in Zusammenhang mit gesamtplanerischen Vorhaben (z.B. Erschließung von Bau- oder Gewerbegebieten). Diese Aspekte müssten auch in die neu zu gestaltende Zuständigkeitsordnung einfließen. Die Verwaltung sollte bis zur nächsten Sitzung einen Vorschlag für die Anpassung der Zuständigkeitsordnung vorlegen. Dies solle einhergehen mit einer etwas griffigeren Formulierung der Ausschussbezeichnungen.

In Bezug auf die Ausschussbenennung macht der Bürgermeister den Vorschlag, statt „Gesamtplanung“ nur „Planung“ in der Bezeichnung zu verwenden. Grundsätzlich bestätige er die Auffassung von Herrn Sonntag. Außerdem weist er darauf hin, dass Erster Beigeordneter Sterzenbach bereits einen vorläufigen Entwurf zur Änderung der Zuständigkeitsordnung erarbeitet habe und dies sicher in die Diskussion hierüber einfließen werde.

Dr. Peeters verweist auf die nun bestehende Größe des Rates. Seine Fraktion sei der Meinung, auch die Ausschüsse dementsprechend zu vergrößern und nicht – wie beantragt – zu verkleinern. Mehrkosten entstünden keine, da ja genügend Ratsmitglieder vorhanden seien, die Ausschüsse auszufüllen. Insbesondere der Ausschuss für Planung, Umwelt und Erneuerbare Energien sowie den Ausschuss für Bau und Verkehr solle auf 19 Mitglieder aufgestockt werden. So seien auch alle Fraktionen beteiligt.

Herr Langer verweist auf die Vorgespräche und darauf, dass auch die Grünen der Meinung seien, den Umweltbereich dem Planungsausschuss anzusiedeln. Insbesondere begrüße man die Aufwertung im sehr wichtigen Bereich der Erneuerbaren Energien. Insofern trage man den von der FDP beantragten Vorschlag mit. Ein 15er Ausschuss reiche ebenfalls völlig aus, da auch in dieser Stärke alle politischen Kräfte im Ausschuss vertreten wären. Im übrigen plädierten auch die Grünen für schlagkräftige Ausschüsse.

Herr Gräf bezieht sich auf die Wortmeldung von Herrn Sonntag und teilt dessen Auffassung hinsichtlich des Bereiches „Planung und Verkehr“. Die Aussage von Herrn Dr. Peeters kann er nicht nachvollziehen. Im 15er Ausschuss seien alle Parteien vertreten, eine Qualitätsverbesserung des 19er Ausschusses sei nicht erkennbar. Außerdem kosteten sachkundige Bürger Geld, da hierfür Sitzungsgelder zu zahlen seien. Weiterhin begründet Herr Gräf kurz die neue Ausschussstruktur, insbesondere im Bereich Tourismus und Marketing und im Bereich der Integration. Wenn man auch auf einen Integrationsrat oder eigenständigen Integrationsausschuss verzichte, wolle man doch das Thema auch nach außen hin sichtbar einem Ausschuss zuordnen. Bei der vorgeschlagenen Bezeichnung „Haupt- und Finanzausschuss“ könne man gerne an der bisherigen Regelung festhalten und den Ausschuss nach wie vor als „Hauptausschuss“ bezeichnen. Ebenfalls habe die FDP kein Problem damit, den Begriff „Gesamtplanung“ durch „Planung“ zu ersetzen. An Herrn Sonntag gerichtet, ergänzt Herr Gräf, schon am heutigen Abend die genauen Ausschussbezeichnungen festzulegen.

Herr Sonntag erklärt, dass seine Fraktion die von Herrn Gräf vorgetragenen Änderungen in den Ausschussbezeichnungen mittrage. Er verweist auf eine Vielzahl von Vorgesprächen hinsichtlich

der Ausschussgestaltung- und Besetzung. Diese hätten in sehr angenehmen Rahmen stattgefunden. Leider habe es letztendlich doch nicht ganz dazu gereicht, ein Einvernehmen, das die CDU in aller Konsequenz mitgetragen hätte, herbeizuführen. So kämpfe nun jeder hinsichtlich der Ausschussgröße für sich. Daher werde auch die CDU nun so handeln. Da die Ausschussgröße ein Spiegelbild des Rates sein solle, beantrage man nun die größten Ausschüsse in Höhe von 50 Prozent der Ratsmitglieder. So habe man in der Vergangenheit bei 32 RM ebenfalls Ausschüsse von 16 Mitgliedern gehabt.

Der Personalausschuss solle bei 8, der RPA bei 12 Mitgliedern verbleiben, der MKA auf 13 und alle anderen Ausschüsse auf 19 Mitglieder (beim BetrA + 2 Beschäftigte) angehoben werden. Die beiden Wahlausschüsse bleiben hierbei außen vor. In den Ausschüssen werde Facharbeit geleistet, die Sachverstand erfordere. Die letztendlich von HA oder Rat zu bestätigenden Beschlüssen bedürften einer gewissen Akzeptanz, die Basis hierzu müsse aus der Besetzung der Ausschüsse hervorgehen. Über Jahre habe hoher Sachverstand mit in Rat und Ausschüssen gesessen. Es mache Sinn und sei zielführend, diesen Sachverstand in Form von sachkundigen Bürgern in den Ausschüssen zu beteiligen. Dies sei aber nur möglich, wenn die Ausschussgrößen dies auch zuließen. Die UWG wäre bei 19er Ausschüssen vertreten.

Herr Langer erklärt, dass er den FDP-Antrag unterstütze, zumal er so abgesprochen gewesen sei. Des weiteren spricht er das Thema Integration an. Er verweist auf die Argumentation des bisherigen Ausländerbeiratsvorsitzenden, der ja nun auch im Rat sitze. Die besage, dass man mit der nun vorgesehenen Verfahrensweise die Arbeit ja eher verbessern könne. Insofern habe auch die Fraktion der Grünen keine Probleme, dem Vorschlag zu folgen und das Thema Integration nun dem neu formulierten Ausschuss zuzuordnen.

Herr Marcel Schmidt weist darauf hin, dass auch seine Fraktion für sich in Anspruch nehme, die Migrantinnen und Migranten in der Gemeinde zu vertreten. An der Verfahrensweise stoße man sich ein wenig, da es nicht Sache eines politisch besetzten Ausschusses sein könne, sich mit dem Thema zu befassen. Es wäre besser, wenn insbesondere die ausländischen Mitbürger, die nicht wählen können oder gewählt werden können, ihr Gremium hätten. Die Aussagen in Wortprotokoll und Beschluss zur Sitzung des Ausländerbeirates seien widersprüchlich. So gehe der Beschluss ausschließlich von türkischen Teilnehmern aus. Diesbezüglich habe man noch Beratungsbedarf.

Der Bürgermeister verweist auf die Beratungen im ALBR. Dort sei es um die Gründung eines „Gesprächskreises“ gegangen. Dies sei etwas anderes als ein institutionalisiertes Gremium, welches nach festen, demokratischen Regelungen gewählt werde. Dies sei so einvernehmlich gewollt worden. Einen Widerspruch habe er hieraus nicht ableiten können.

Herr Moreira schildert die Probleme in den letzten fünf Jahren. So sei es immer sehr schwierig gewesen, alle gewählten Mitglieder an einen Tisch zu bekommen. Maximal 5 von 11 Mitgliedern seien meistens erschienen. Letztendlich habe es keinen Sinn gemacht, dieses Gremium in dieser Art und Weise fortzuführen. Allerdings gebe es durchaus Überlegungen, ein solches Gremium noch einmal in ins Leben zu rufen. Er unterstütze einen Integrationsrat, allerdings nicht in der bisherigen Größenordnung, damit man vernünftige Arbeit leisten könne.

Herr Meeser bezieht sich auf die Argumentation von Herrn Sonntag in Bezug auf die Ausschussgröße. Er könne nicht nachvollziehen, wieso in 19er Ausschüssen effektiver gearbeitet werden könne als in 15er Ausschüssen. Er habe noch nie erlebt, dass die Beschlussempfehlung

eines Ausschusses nicht vom Rat bestätigt wurde nur weil die Vorberatung in einem kleinen Ausschuss stattgefunden habe. Deshalb unterstütze man auch den FDP-Antrag.

Im Hinblick auf das Thema Integration schlägt Herr Gräf vor, in den neuen „JISS“, sachkundige Einwohner gem. den Vorschriften der Gemeindeordnung zu bestellen. Dies könne sicher durch Herrn Moreira initiiert werden.

Der Bürgermeister ergänzt, dass die sachkundigen Einwohner auch noch zu einem späteren Zeitpunkt in den Ausschuss nachgewählt werden können.

Herr Sonntag und Herr Moreira unterstützen den Vorschlag ebenfalls.

Verwaltungsseitig wird noch einmal auf die Frist hinsichtlich der möglichen Wahl eines Integrationsrates erläutert. Herr Wahl zitiert aus § 27 GO: „Die Wahl der Mitglieder findet innerhalb von 16 Wochen nach Beginn der Wahlzeit des Rates statt“. Im Ergebnis wird festgehalten, dass der Rat hinsichtlich der Wahl eines Integrationsrates vorerst nicht initiativ wird und statt dessen die Thematik „Integration“ unter Einbindung sachkundiger Einwohner im neu gebildeten Ausschuss einzubinden. Der Bürgermeister regt an, aus diesem Grund auch den „JISS“ als 15er Ausschuss einzurichten, damit die UWG hierin auch vertreten ist.

Herr Dr. Peeters erklärt, dass man den von der CDU gestellten Antrag hinsichtlich der Ausschussgrößen unterstütze.

Im Anschluss lässt Bürgermeister Dr. Storch über die einzelnen Punkte abstimmen.

**Ergänzender Hinweis:**

***Bei der Zusammensetzung der Ausschüsse wurde beim Personalausschuss ebenfalls („pauschal“ mit den anderen Ausschüssen) eine Höchstzahl von sachkundigen Bürgern beschlossen. Bei der Beschlussfassung ist versehentlich nicht darauf hingewiesen worden, dass hier einvernehmlich nur Ratsmitglieder benannt werden sollten. Insofern wird vorgeschlagen, in der nächsten Sitzung diesen Beschluss vor dem Besetzungsbeschluss über die Ausschüsse der Vollständigkeit halber nachzuholen.***